



Pressekonferenz zum Thema:

„Corona-Hilfspaket für die Menschen“

SPÖ OÖ fordert 254 Millionen Euro, die direkt bei den OberösterreicherInnen ankommen sollen.

Mittwoch, 15.04. 2020, um 12:00 Uhr
Livestream via live.spooe.at

Ihre GesprächspartnerInnen:

SPOÖ-Vorsitzende **Birgit Gerstorfer**

SPOÖ-Klubvorsitzender **Christian Makor**

**ES GEHT UM:
SOLIDARITÄT**

Corona hat Menschen in Oberösterreich massiv getroffen: Deshalb muss unser Land ein wirksames Hilfspaket schnüren.

SPÖ Oberösterreich fordert 254 Mio. Euro Hilfsmittel, die direkt bei den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern ankommen sollen.

Arbeitslosigkeit: +71% im Monatsvergleich März 2019 und März 2020. Dieser Anstieg ist sogar noch höher als der bundesweite Wert von +52,5%. Das bedeutet nichts anderes als Rekordarbeitslosigkeit in Österreich und Oberösterreich. Viele tausend weitere Mitmenschen sind in Kurzarbeit und müssen Einkommenseinbußen hinnehmen. Seit dem 2. Weltkrieg ist keine vergleichbare Situation bekannt. VolkswirtschaftlerInnen vergleichen die Situation bereits mit der großen Depression in den 1930er Jahren. Diese größte bekannte Krise unserer Generation trifft die gesamte Gesellschaft. Deshalb muss jetzt auch das Hilfspaket die Gesellschaft – insbesondere die am schwersten betroffenen Menschen – umfassen.

Das Parteipaket von ÖVP/FPÖ ist eine Mogelpackung, die zu kurz greift. Es gibt keine Antworten auf die lebensbedrohenden Umsatzeinbußen für Kleinunternehmen. Für ArbeitnehmerInnen ist kaum etwas vorgesehen: Nur einer von hundert Euro ist für sie reserviert. Obwohl es um hunderte Millionen Steuergeld geht, wurden nicht einmal die Sozialpartner eingebunden. Jene, die jetzt ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können, werden im Stich gelassen. Menschen, die von der Krise in die Arbeitslosigkeit geworfen wurden, erhalten keine Hilfe. Dabei sind das tausende Schicksale in unserem Land, die jetzt Zukunftsperspektiven brauchen – damit wir gemeinsam die Zeit nach Corona gut meistern können. Wir dürfen niemanden zurücklassen.

Das Hilfspaket für die Menschen in Oberösterreich muss daher deutlich mehr umfassen:

1.) HILFE FÜR MENSCHEN IN ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeit ist nicht nur zentraler Lebensinhalt, sondern sichert auch unser finanzielles Leben. Deshalb tritt die Sozialdemokratie im Bund und auch Land für die rasche Erhöhung des Arbeitslosengelds ein. In Österreich ist die „Nettoersatzrate“ - also die Höhe des Arbeitslosengelds im Vergleich zum vorherigen Einkommen – sehr niedrig. Im Durchschnitt liegt sie bei 55%. In anderen europäischen Ländern wie der Schweiz (79%), Portugal (76%), Dänemark (74%) oder den Niederlanden (74%) liegt dieser Wert deutlich höher – wie es bspw. die Agenda Austria bestätigt. Irland hat für die Zeit der Krise das Arbeitslosengeld sogar verdoppelt. Das Land Oberösterreich muss auf den Bund einwirken, damit für hunderttausende Menschen Corona neben der gesundheitlichen nicht auch noch zur existenziellen Krise wird: **Das Arbeitslosengeld auf mindestens 70 Prozent erhöhen.**

Arbeitsstiftungsmodelle sind besonders gute Modelle, um Arbeitslosen die Möglichkeit zu schaffen, eine neue Ausbildung zu erlangen und damit das zukünftige Arbeitslosigkeitsrisiko zu mini-

mieren. Trotzdem rund 40% der neuen Arbeitslosen eine Wiedereinstellzusage haben, werden viele aufgrund der Krise betroffene Arbeitslose nicht rasch genug eine Beschäftigung finden. **Um ihnen zu ermöglichen, eine neue Berufsausbildung zu absolvieren, muss eine Corona-Stiftung eingerichtet werden.** In dieser Stiftung ist eine maximal vierjährige Ausbildung möglich. Während der Ausbildung wird zur Absicherung der Existenz (keine Sonderzahlungen während dieser Zeit) ein Stipendium ausbezahlt und die Ausbildungskosten werden übernommen.

Oö. Investitionen für die Menschen: 12 Mio. Euro.

2.) HILFE FÜR MENSCHEN IN MIETWOHNUNGEN

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Durch Kurzarbeit oder den überraschenden Jobverlust wird für viele Menschen in Oberösterreich die monatliche Miete ein unerwarteter Kraftakt. Bereits vor der Krise gab mehr als ein Viertel der Menschen in Oberösterreich mehr als die Hälfte des Einkommens allein fürs Wohnen aus. Hier muss gegengesteuert werden. **Die Obergrenze der Wohnbeihilfe des Landes von max. 300 Euro auf max. 400 Euro anheben und eine Erhöhung Obergrenze der Mieten für den Erhalt der Wohnbeihilfe.**

Oö. Investitionen für die Menschen: 1 Mio. Euro.

3.) HILFE FÜR DIE MENSCHEN IM EINSATZ

GEGEN CORONA

Aktuell gibt es einen gravierenden Zuwachs an Arbeitslosen, viele von ihnen werden nicht mehr in ihren angestammten Ausbildungen und Betrieben arbeiten können. Der Pflege- und Gesundheitsbereich hingegen hat einen hohen Bedarf an Arbeitskräften. In OÖ gibt es aktuell 1300 Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.

Um die Attraktivität der Ausbildungen zu erhöhen, erhalten Auszubildende bei erfolgreicher Ablegung der Prüfungen eine Erfolgsprämie. So kann man eine win-win-win-Situation erzielen. Arbeitslose steigen in eine krisensichere Beschäftigung ein, der Pflegebereich erhält ausreichend Arbeitskräfte und die SeniorInnen müssen sich keine Sorgen um die Betreuung und Pflege im Alter machen. Je länger die Ausbildung dauert, umso höher ist die Prämie (400 Euro für HeimhelferInnen, 1.000 Euro FSBA, 1.500 DGKP).

Oö. Investitionen für die Menschen: 1,3 Mio. Euro.

4.) HILFE FÜR MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN

In OÖ waren im Februar 2020 51.249 Personen geringfügig beschäftigt, davon 33.230 Frauen (64,8%). 15.801 Personen waren davon im Handel oder im Gastgewerbe beschäftigt, davon wieder 70,9% Frauen. Gerade der Handel und die Gastronomie und Beherbergung ist besonders hart von

den Schließungen betroffen. Geringfügig Beschäftigte erhalten weder Arbeitslosengeld noch können sie in Kurzarbeit gehen. Auch UnternehmerInnen mit einem Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze sind vom Hilfspaket der Bundesregierung ausgenommen. **Daher fordern wir einen Krisenüberbrückungsfond für geringfügig Beschäftigte und geringfügig verdienende UnternehmerInnen.**

Anspruch haben Personen, die Covid-bedingt ihre geringfügige Beschäftigung verloren haben in der Höhe von 70 Prozent Lohnes der geringfügigen Beschäftigung für die Dauer von maximal 3 Monaten. Förderung endet vorzeitig, wenn die geringfügige Beschäftigung wieder aufgenommen wird.

Oö. Investitionen für die Menschen: 13,5 Mio. Euro.

5.) HILFE FÜR MENSCHEN IN BESONDERS FORDERNDEN SITUATIONEN

Alleinerziehende haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Die Covid-Krise verstärkt dies, da viele Alleinerziehende auch in die Gruppe der Arbeitslosen und Kurzarbeitenden fallen. Kurzarbeitende verlieren zwischen 10 und 20 % ihres Einkommens. Eine Person, die vorher 1.700 Euro brutto verdient hat, verliert monatlich 270 Euro. Darunter sind auch 40 Euro Familienbonus für ein Kind, bei zwei Kindern sind es sogar 68 Euro Verlust. Zudem tragen die Eltern aktuell eine sehr schwere Last, weil sie für das Homeschooling verantwortlich sind. Dies ist für Alleinerziehende eine ganz besonders hohe Mehrfachbelastung. **Daher braucht es eine einmalige Unterstützung für arbeitslose und kurzarbeitende Alleinerziehende in der Höhe von 1000 Euro.**

Seit der Umsetzung des türkis-blauen Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes in Oberösterreich ist die finanzielle Absicherung von Familien mit mehreren Kindern im Vergleich zur bisher gültigen bedarfsorientierten Mindestsicherung deutlich schlechter geworden. Aufgrund der Covid-Krise ist davon auszugehen, dass die Anzahl an oberösterreichischen Familien die auf die Sozialhilfe angewiesen sind, in den kommenden Monaten wieder deutlich ansteigen wird. Im Sinne einer aktiven Vermeidung von Kinderarmut in Oberösterreich fordert die SPÖ Oberösterreich die Sozialhilfe zu novellieren und neuerlich jene Beträge auszuzahlen, die vor den Kürzungen in Oberösterreich bereits gewährt wurden, d.h. 211 Euro für die ersten drei Kinder sowie 183 Euro ab dem vierten Kind.

Oö. Investitionen für die Menschen: 11 Mio. Euro.

6.) HILFE FÜR MENSCHEN IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Die Kinderbetreuungseinrichtungen sind seit 16.3. geschlossen. Nur wenige Eltern, vor allem jene, die zu den sogenannten SystemerhalterInnen gehören, nutzen aktuell die Kinderbetreuungseinrichtungen, auch nachmittags. Die Krise zeigt, wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung für die Wirtschaft ist. Die Zurverfügungstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung darf für Eltern, die wichtige Arbeitskräfte für die Wirtschaft sind, keine finanzielle Belastung bedeuten.

Daher muss die Kinderbetreuung in Oberösterreich kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Der reguläre Unterricht in den Pflichtschulen Oberösterreichs wurde durch die abrupte Umstellung auf das Distance Learning Mitte März unterbrochen. Trotz des vollen Einsatzes der OÖ-LehrerInnen in dieser neuen Lernphase ist aber zu befürchten, dass Kinder mit schwierigen familiären Umfeldbedingungen zu zweifachen Opfern dieser Krise werden.

Daher ist es notwendig die Schulen und SchülerInnen mit den adäquaten Mitteln zur nachhaltigen Bewältigung der Krise auszustatten. **Jede Pflichtschulklasse bekommt zusätzlich zum normalen Stundenkontingent zwei Stunden/Woche für die nachhaltige Förderung.**

Aufgrund regionaler Bedarfserhebungen lässt sich bei rund 2000 SchülerInnen erkennen, dass ihr Lernen wegen schlechter oder nicht vorhandener technischer Ausstattung massiv leidet.

Daher sind für die Volksschulen und Allgemeine Sonderschulen rund 1000 Leih-Tablets inklusive Software und für die Neuen Mittelschulen und Polytechnische Schulen dieselbe Anzahl von Laptops mit Internetzugang rasch zur Verfügung zu stellen.

Um die Schulen flächendeckend für die massiven zusätzlichen Herausforderungen der jetzt lebenswichtigen Digitalisierung zu unterstützen schlagen wir für die Volksschulen und Sonderschulen ein Sonderbudget von 1500€ pro Schule für Lernsoftware/Apps vor. Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen sollen durch eine Generallizenz von Microsoft Office 365 A3 für LehrerInnen und SchülerInnen unterstützt werden.

Wegen der auf längere Zeit notwendigen rigiden Hygienebestimmungen in den Schulen ist im Bereich der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf eine **Aufstockung der Schulassistenz um 25 % notwendig.**

Oö. Investitionen für die Menschen: 38,6 Mio. Euro.

7.) HILFE FÜR MENSCHEN IN DEN GEMEINDEN

Gerade in der Corona-Krise leisten die Gemeinden und ihre MitarbeiterInnen Großes: Sie sorgen dafür, dass die grundlegenden Bedürfnisse auch weiterhin möglichst reibungslos gedeckt werden. Sie sind mit ihren Angeboten ein Fels in der Brandung, der für Stabilität sorgt.

Die Aufrechterhaltung des Gemeindelebens erfordert neben enormen menschlichen, administrativen in letzter Instanz auch einen sehr hohen finanziellen Aufwand. Genau in diesen Bereichen gehen die Gemeinden in Oberösterreich zurzeit an ihre Grenzen. Es darf aber nicht sein, dass diese Mehrkosten zur Belastung für Menschen in Gemeinden werden. **Daher braucht es jetzt die Abschaffung der Gemeindeumlage.**

Oö. Investitionen für die Menschen: 123,6 Mio. Euro.

8.) HILFE FÜR MENSCHEN IN DER PFLEGE

In der aktuellen Krise zeigt sich, wie wichtig die 24-Stunden-BetreuerInnen sind. Zu 98 Prozent kommen sie aus dem europäischen Ausland. Die zum Großteil Frauen mit Kindern erbringen in den Haushalten der Pflegebedürftigen enorm wichtige Arbeit für die Gesellschaft. Spätestens jetzt ist der richtige Zeitpunkt, Menschen die Pflegeberufe arbeiten auch **die volle Familienbeihilfe zuzugestehen**.

9.) HILFE FÜR MENSCHEN IN SOZIALUNTERNEHMEN

Garantie des Landes an Sozialunternehmen und Vereine für die Abdeckung von unvermeidlichen Verlusten (z.B. aufgrund von Covid-bedingten Minderauslastungen, verminderte Eigenertragsanteile) sowie von unvermeidlichen Mehrausgaben soweit diese nicht durch die Hilfspakete des Bundes abgedeckt werden.

Oö. Investitionen für die Menschen: 20 Mio. Euro.

10.) HILFE FÜR MENSCHEN IN SELBSTÄNDIGKEIT

Gesundheit geht uns über alles. Aber es ist auch wichtig, die Wirtschaft nicht zurück zu lassen. Wir müssen versuchen, strukturiert eine Normalisierung zu erreichen. Es braucht daher eine Errichtung einer Beteiligungs-GmbH nach Wiener Vorbild. Mit ihr soll sich das Land Oberösterreich heimischen Unternehmen beteiligen, deren Existenz aufgrund der Corona-Krise gefährdet ist. Es ist wichtig, schon jetzt für die Zeit nach der Krise vorzusorgen, es gehe darum, „gesunde Leitunternehmen zu haben, die für das Land Stadt so wichtig sind. Diese benötigen langfristige Unterstützung.

Oö. Investitionen für die Menschen: 30 Mio. Euro.

11.) HILFE FÜR MENSCHEN IN KUNST & KULTUR

Die Corona-Krise trifft auch die oberösterreichische Kulturszene schwer. Viele Kulturveranstaltungen mussten abgesagt werden, den KünstlerInnen, KulturvermittlerInnen und KulturarbeiterInnen (zB Bühnen- und TontechnikerInnen) sind wichtige Einnahmequellen, aber auch Möglichkeiten zur künstlerischen Auseinandersetzung verloren gegangen. Aber gerade in der aktuellen Krisensituation soll die Möglichkeit gegeben sein, der künstlerischen Tätigkeit weiterhin nachzugehen, etwa durch Projektentwicklung oder der Vorbereitungen von Lesungen, Ausstellungen oder Vorträgen.

Es soll daher ab sofort die Möglichkeit geboten werden, sich für **einmalige Arbeitsstipendien für die Dauer von höchstens drei Monaten in der Höhe von max. 3.000 Euro zu bewerben**, wie das in ähnlicher Form in anderen Bundesländern bereits umgesetzt ist.

Oö. Investitionen für die Menschen: 3 Mio. Euro.

HILFSPAKET FÜR DIE MENSCHEN KOMMT

IN DEN OÖ LANDTAG

„Wer den Menschen hilft, hilft richtig. Denn so lösen wir soziale Notlagen und kurbeln gleichzeitig die Nachfrage wieder an. So helfen wir Menschen wieder in Arbeit zu kommen und als Stützen unserer Gesellschaft zu wirken. So retten wir die Daseinsvorsorge in den Gemeinden, damit wir uns alle auf die anstehenden Herausforderungen konzentrieren können. Wenn wir rasch helfen, dann geben wir den Problemen keine Zeit zum Wachsen! Ich lade alle Abgeordneten ein das Hilfspaket für die Menschen gemeinsam mit uns einzubringen und zu beschließen“ bringt es SPÖ-Parteivorsitzende Birgit Gerstorfer auf den Punkt. Der SPÖ-Landtagsklub wird das Hilfspaket für die Menschen als Dringlichkeitsantrag für die kommende Landtagssitzung am 23. April 2020 vorbereiten. Die Landtagssitzung wird im Ursulinenhof (Landstr. 31, Linz) stattfinden, weil im Linzer Landhaus die Sitzungsräumlichkeiten zu klein sind, um ausreichend Abstand halten zu können.